

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Schulsport am 16.06.2026

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:01 Uhr
Ende:	18:32 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter/in:	Herr Maicher
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
2.1.	Dringliche Informationsaufforderung BAföG und Existenzsicherung Erfurter Studierender	1419/26
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Genehmigung der Niederschriften	
4.1.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 10.03.2026	0529/26
4.2.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 05.05.2026	1174/26

5. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates
- 5.1. Jährliche Berichterstattung zu Anmeldezahlen an Grund- 1242/26
schulen und weiterführenden Schulen
BE: Leiter des Amtes für Bildung
hinzugezogen: Leiter des Staatlichen Schulamtes Mit-
telthüringen
- 5.2. Festlegung von Zügigkeiten für die allgemeinbildenden 0109/26
Schulen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Erfurt
BE: Leiter des Amtes für Bildung
6. Festlegungen des Ausschusses
- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des BuS vom 0620/26
10.03.2026 - TOP 6.1.1. Anmeldezahlen und Auslastungen
an der Erfurter Grundschulen (Drucksache 0531/26)
BE: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und
Jugend
hinzugezogen: Leiter des Staatlichen Schulamtes Mit-
telthüringen
- 6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des BuS vom 1125/26
05.05.2026 zum TOP 4.2 – Drucksache 0352/26 - Erste
Hilfe an Schulen, Angebotslage und Nutzung – Übersicht
für 2023 bis 2025
BE: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und
Jugend
- 6.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des BuS vom 1130/26
05.05.2026 zum TOP 6.1.1 – Drucksache 1067/26 – An-
meldung an den weiterführenden Schulen – Konkrete
Anmeldezahlen
BE: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und
Jugend
hinzugezogen: Leiter des Staatlichen Schulamtes Mit-
telthüringen
7. Informationen
- 7.1. Mündliche Informationen
- 7.1.1. Verwaltungsentwurf zum Schulnetzplan der Landes- 1145/26
hauptstadt für die Schuljahre 2027/28 bis 2031/2032
BE: Leiter des Amtes für Bildung

7.1.2.	Stand der Evaluation / Fortschreibung des Schulsanierungsprogramms	1403/26
7.2.	Sonstige Informationen	

1. **Eröffnung und Begrüßung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Maicher, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Schulsport und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßte die Ausschussmitglieder und Gäste.

Er informierte den Ausschuss darüber, dass der Beigeordnete für Bau, Verkehr und Umwelt, Herr Bärwolff, als stimmberechtigter Vertreter des Oberbürgermeisters, an der Sitzung teilnahm. Zu Beginn der Sitzung waren elf stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.

2. **Änderungen zur Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Maicher informierte wie folgt:

Es lag eine Information in Drucksache 1145/26 - Verwaltungsentwurf zum Schulnetzplan der Landeshauptstadt für die Schuljahre 2027/28 bis 2031/2032 vor. Der Ausschussvorsitzende bat die anwesenden Ausschussmitglieder um Wortmeldungen zur Aufnahme in die Tagesordnung.

Herr Hose, Fraktion CDU, kritisierte die Kurzfristigkeit und, dass es keine Möglichkeit gab sich inhaltlich mit der Drucksache zu beschäftigen. Er konnte kontroverse Inhalte erkennen und halte die vorherige interfraktionelle Beratung für unerlässlich. Des Weiteren bat Herr Hose um eine Einschätzung zu den Konsequenzen bei einer Vertagung durch das Fachamt. Des Weiteren gab er zu Protokoll, dass diese Vorgehensweise keine gute Zusammenarbeit in dieser Drucksache darstelle.

Die kurzfristige Aufnahme der Drucksache sei dem Umstand geschuldet, dass die Terminierung mit der Sommerpause kollidiere, argumentierte Herr Dr. Ungewiss, Leiter des Amtes für Bildung. Ebenso seien zwingende verwaltungsinterne Gespräche vorab notwendig gewesen, bevor die offizielle Diskussion beginnen könne. Bei einer Vertagung seien die nächsten Gespräche frühestens im September möglich. Weiter erläuterte Herr Dr. Ungewiss, dass es sich um einen Entwurf handle und, nach der Beratung in den Ausschüssen, die Drucksache erneut in den Ämterumlauf gehe. Somit sei bei einer Vertagung mit erheblichen zeitlichen Verzögerungen zu rechnen.

Frau Stange, Fraktion Die Linke, könne nach der Erklärung durch Herr Dr. Ungewiss der Dringlichkeit guten Gewissens zustimmen.

Herr Hose, stimmte der Dringlichkeit zu, betonte jedoch, dass dies keine Zustimmung zum Inhalt darstelle.

Der Ausschussvorsitzende bat anschließend um das Votum. Dies wurde mit elf Ja-Stimmen bestätigt und somit erfolgte die Aufnahme in die Tagesordnung und Einordnung unter dem TOP 7.1.1.

Des Weiteren lag eine mündliche Information in Drucksache 1403/26 - Stand der Evaluation / Fortschreibung des Schulsanierungsprogramms vor und der Ausschussvorsitzende bat

um das Votum. Dies wurde mit elf Ja-Stimmen bestätigt und somit erfolgte die Aufnahme in die Tagesordnung und Einordnung unter dem TOP 7.1.2.

Vor der Abstimmung zur Aufnahme der mündlichen Information in Drucksache 1419/26 – Dringliche Informationsaufforderung BAföG und Existenzsicherung Erfurter Studierender; gab der Beigeordnete für Bau, Verkehr und Umwelt, Herr Bärwolff, zu Protokoll, dass für das Bundesausbildungsförderungsgesetz, kurz BAföG die Landeshauptstadt Erfurt nicht zuständig sei. Bei der Bearbeitung des Aufstiegs-BAföG seien keine Probleme bisher bekannt. Die Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt zeigte sich verwundert über die Abstimmung zur Aufnahme in die Tagesordnung, da dies verwaltungsintern abgelehnt wurde. Drei Anfragen der Fraktion Mehrwertstadt wurden ausführlich beantwortet und nun werde die Beantwortung wegen Unzuständigkeit abgelehnt.

Der Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend beantwortete dies wie folgt, die angesprochenen Anfragen bezogen sich auf das Thema Wohngeld für die ansässigen Studierenden. Er betonte auch, dass sich die Personen in Notsituationen stets an das Sozialamt wenden könnten.

Daraufhin gab die Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt zu Protokoll, dass die Anfragen sich nicht auf das Wohngeld bezogen haben.

Der Ausschussvorsitzende bat anschließend um das Votum. Dies wurde mit 1 Ja-Stimme, acht Nein-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt. Somit erfolgte keine Aufnahme in die Tagesordnung.

Auf Vorschlag der Verwaltung sollten die Tagesordnungspunkt 6.1 in Drucksache 0620/26 - *Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des BuS vom 10.03.2026 - TOP 6.1.1. Anmeldezahlen und Auslastungen an der Erfurter Grundschulen (Drucksache 0531/26)* gemeinsam mit TOP 6.3 in Drucksache 1130/26 - *Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des BuS vom 05.05.2026 zum TOP 6.1.1 – Drucksache 1067/26 – Anmeldung an den weiterführenden Schulen – Konkrete Anmeldezahlen* unter TOP 5.1 in Drucksache 1242/26 - *Jährliche Berichterstattung zu Anmeldezahlen an Grundschulen und weiterführenden Schulen* beraten werden.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung wurden nicht beantragt, sodass der Ausschussvorsitzende über die so geänderte Tagesordnung abstimmen ließ.

Abstimmungsergebnis: beschlossen Ja: 10 Nein: 0 Enthaltung: 1

2.1. Dringliche Informationsaufforderung BAföG und Existenzsicherung Erfurter Studierender 1419/26

Dringlichkeit nicht bestätigt Ja 1 Nein 8 Enthaltung 1 Befangen 0

3. Dringliche Angelegenheiten

Es lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

4. Genehmigung der Niederschriften

4.1. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 10.03.2026 0529/26

Es wurden weder mündliche noch schriftliche Einwände gegen die Niederschrift erhoben.

genehmigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

4.2. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 05.05.2026 1174/26

Es wurden weder mündliche noch schriftliche Einwände gegen die Niederschrift erhoben.

genehmigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

5. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

5.1. Jährliche Berichterstattung zu Anmeldezahlen an Grundschulen und weiterführenden Schulen 1242/26 **BE: Leiter des Amtes für Bildung** **hinzugezogen: Leiter des Staatlichen Schulamtes Mittelthüringen**

Vor Eröffnung der Beratung ließ der Ausschussvorsitzende Herr Maicher über das Rederecht für den Leiter des Staatlichen Schulamtes Mittelthüringen abstimmen.

Ja: 11 Nein: 0 Enthaltung: 0

Herr Städter, Fraktion SPD & PIRATEN, erklärte die Intention des Antrages. Daraufhin merkte Herr Hose, Fraktion CDU, an, dass dazu bereits eine Festlegung im Ausschuss getroffen worden sei und fragte zudem nach den Schülerzahlen ohne zugewiesenen Schulplatz.

Der Leiter des Staatlichen Schulamtes (SSA) erklärte, dass die diesjährigen Kapazitäten es zulassen würden, allen Schülerinnen und Schülern einen Schulplatz zuzuweisen. Daraus resultierende Widerspruchsverfahren laufen aktuell noch.

Frau Tallai, Fraktion CDU, bat um die aktuellen Anmeldezahlen der Schulen in freier Trägerschaft. Dies konnte vom Leiter des SSA nicht beantwortet werden, da dies nicht in dessen Zuständigkeitsbereich fällt.

Weiterhin bat Herr Hose um die Darlegung der Kriterien der Schulplatz-Ablehnungen sowie der Kriterien, nach denen die Zügigkeiten in den Schulen festgelegt werden.

Herr Dr. Ungewiss beantwortete die Frage zur Anzahl der zu eröffnenden Klassen pro Klassenstufe wie folgt: Die Festlegung hierzu trifft der Stadtrat in Zusammenarbeit mit der Verwaltung. Im Bedarfsfall darf davon allerdings abgewichen werden, wenn die Kapazitäten innerhalb der Klassenstufe über- oder unterschritten werden.

Herr Klaus, sachkundiger Bürger der Fraktion SPD & PIRATEN, bat um Mitteilung, wie viele Erstwunsch-Anmeldungen an der Grundschule in Alach abgelehnt wurden und wie viele Klassen in der TGS in Kerspleben bei 49 vergebenen Schulplätzen eröffnet werden.

Der Leiter des SSA beantworte dies dahingehend, dass an der Grundschule in Alach neun Schüler abgelehnt wurden und an der TGS in Kerspleben wurden zwei 5. Klassen eröffnet werden.

Weitere Wortmeldungen und Nachfragen gab es nicht.

bestätigt Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

5.2. Festlegung von Zügigkeiten für die allgemeinbildenden Schulen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Erfurt 0109/26
BE: Leiter des Amtes für Bildung

Herr Hose, Fraktion CDU, fragte nach den Gründen für die Ablehnung einer dritten 5. Klasse bei gleichzeitiger Eröffnung einer dritten 7. Klasse an der Friedrich-Schiller-Schule, was ihm von Eltern zugetragen worden sei. Er äußerte die Vermutung einer ungleichmäßigen Platzvergabe an begehrteren Schulen und betrachtete dieses Vorgehen sehr kritisch.

Herr Städter, Fraktion SPD & PIRATEN, schätzte die Situation so ein, dass Rückstellungen von Schülern vermehrt ab den 7. Klassen auftreten. Er beobachte diese Entwicklung aktuell auch ab den 9. Klassen an der Gemeinschaftsschule in Hochheim, was die Schulleitung vor massive Schwierigkeiten stelle.

Der Leiter des SSA, bat darum, diese Frage schriftlich beantworten zu dürfen. Des Weiteren bat er sich Unterstellungen zu verbieten, da diese den Eindruck erwecken würden, das Schulamt arbeite nicht nach Recht und Gesetz.

Daraufhin antwortet Herr Hose, Fraktion CDU, dass dies nicht sein Ansinnen sei. Er sei lediglich bemüht, den Eltern Antworten geben zu können.

Daraufhin wies Herr Dr. Ungewiss, Leiter des Amtes für Bildung auf die ergänzenden Hinweise in der Drucksache hin. Diese beinhalten, dass für die Aufnahmekapazität einer Schule laut § 15a Abs. 5, Satz 1 ThürSchulG die jeweilige Schulleitung, respektive das für die Erfurter Schulen zuständige Staatliche Schulamt Mittelthüringen verantwortlich sei. Zusammenfassend erklärte er, dass keine Änderung der Zügigkeiten geplant sei. Es darf im Bedarfsfall, beispielsweise bei mangelnder Raumkapazität, von der Festlegung abgewichen werden.

Der Leiter des SSA, erläuterte, dass an der Schillerschule eine Kapazität von 44 Plätzen vorhanden sei und diese von den Anmeldezahlen deutlich überschritten wurde. Auch sei es möglich, dass der offen-projektorientierte Unterricht der höheren Klassenstufen eine andere, niedrigere Raumkapazität bedürfe als eine 5. Klasse.

Daraufhin fasste der Ausschuss folgende Festlegung:

DS 1448/26	Im Rahmen der Beratung zur Drucksache 0109/26 wird um eine detaillierte Begründung für die Ablehnung einer dritten 5. Klasse an der Schillerschule gebeten. Parallel dazu wird um Prüfung und Stellungnahme zur Eröffnung einer dritten 7. Klasse an diesem Standort gebeten. T: 24.06.2026 V: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend
------------	---

Frau Tallai, Fraktion CDU, bat darum, ihre getätigte Formulierung zu entschuldigen, wollte jedoch wissen, ob gezielt Schüler an das Gymnasium 11 verteilt wurden, damit dieses eine dritte 5. Klasse eröffnen kann. Auch bat sie um Bekanntgabe des Termins zur Vorlage der Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen an das SSA.

Der Leiter des SSA bestätigte, dass diese eingereicht wurden.

Daraufhin bat der Ausschussvorsitzende um das Votum zu einer dreiminütigen Pause, welche mit neun Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und 2 Enthaltungen beschlossen wurde.

Herr Hose, Fraktion CDU, unterstützte die Überlegung von Frau Tallai und bat ebenfalls um die Beantwortung.

Der Leiter des SSA argumentierte, dass eine stabile Substanz des Gymnasium 11 vor dem Umzug in das neue Gebäude durchaus wichtig sei, kündigte jedoch an, die Frage schriftlich zu beantworten.

Daraufhin fasste der Ausschuss folgende Festlegung:

DS 1469/26	Im Rahmen der Diskussion bittet der Ausschuss um Aufklärung, ob gezielt Schüler an das Gymnasium 11 verteilt wurden, damit dieses eine dritte 5. Klasse eröffnen kann. T: 08.09.26 V: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend
------------	--

Frau Stange, Fraktion Die Linke, bemängelte die fehlenden Anmerkungen zu den Änderungen im Vergleich zum letzten Jahr und fragte an, ob die Festlegung der Zügigkeiten bei Bedarf oder jährlich geändert werde.

Herr Dr. Ungewiss bestätigte daraufhin, dass der Beschluss bei Notwendigkeit angepasst werde, und sicherte zu, die Bitte um eine bessere Veranschaulichung der Änderungen an die Verwaltung weiterzuleiten.

Frau Oschmann, sachkundige Bürgerin der Fraktion CDU, bemängelte die wenig anschaulichen Tabellen und bat zukünftig um eine Tabelle mit allen Inhalten.

Daraufhin fasste der Ausschuss folgende Festlegung:

DS 1450/26	Zur besseren Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Zügigkeiten bittet der Ausschuss die Verwaltung zur Vorbereitung der nächsten Drucksache, in welcher die Zügigkeiten beschlossen werden sollen, um eine übersichtlichere Darstellung der Daten. Es ist eine Tabelle zu erstellen, die eine Gegenüberstellung der bisherigen und der geplanten neuen Zügigkeiten beinhaltet. T: 01.04.2027 V: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend
------------	--

Die Nachfrage von Herrn Mroß, Fraktion SPD & PIRATEN, ob ein Beschluss zu den Zügigkeiten jährlich vorgelegt und beschlossen werden soll, wurde bestätigt.

Die Vertreterin der Fraktion Mehrwertstadt bat um eine Einschätzung des Leiters des SSA, zu der Zunahme der Jugendlichen ohne Schulabschluss.

Eine genaue Zahl für Erfurt könne er nicht nennen. Aktuell seien 1000 Jugendliche arbeitslos, davon 700 ohne Abschluss. Man arbeite an breitgefächerten Projekten um dies entgegenzuwirken, so der Leiter des SSA.

bestätigt Ja 6 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0

6. Festlegungen des Ausschusses

- 6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des BuS vom 10.03.2026 - TOP 6.1.1. Anmeldezahlen und Auslastungen an der Erfurter Grundschulen (Drucksache 0531/26) 0620/26**
BE: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend
hinzugezogen: Leiter des Staatlichen Schulamtes Mittelthüringen

TOP 6.1 wurde unter dem TOP 5.1 behandelt.

zur Kenntnis genommen

- 6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des BuS vom 05.05.2026 zum TOP 4.2 – Drucksache 0352/26 - Erste Hilfe an Schulen, Angebotslage und Nutzung – Übersicht für 2023 bis 2025 1125/26**
BE: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend

Es gab keine Wortmeldungen oder Nachfragen.

zur Kenntnis genommen

- 6.3. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des BuS vom 05.05.2026 zum TOP 6.1.1 – Drucksache 1067/26 – Anmeldung an den weiterführenden Schulen – Konkrete Anmeldezahlen 1130/26
BE: Vertreter des Dezernates für Soziales, Bildung und Jugend
hinzugezogen: Leiter des Staatlichen Schulamtes Mittelthüringen

TOP 6.3 wurde unter dem TOP 5.1 behandelt.

zur Kenntnis genommen

7. Informationen

7.1. Mündliche Informationen

- 7.1.1. Verwaltungsentwurf zum Schulnetzplan der Landeshauptstadt für die Schuljahre 2027/28 bis 2031/2032 1145/26
BE: Leiter des Amtes für Bildung

Zum vorliegenden Verwaltungsentwurf des Schulnetzplanes informierte Herr Bärwolff, Beigeordneter für Bau, Verkehr und Umwelt, den Ausschuss über den vorangegangenen umfangreichen Prozess. Es seien umfangreiche Dokumente beigelegt worden, mit dem Ziel, den fertigen Plan im September dem Stadtrat vorlegen zu können.

Herr Hose, Fraktion CDU, bat darum die vielen Platzhalter, in Form von „N. N.“ zu erklären beziehungsweise zu klären, ob diese noch bis zur Befassung im Stadtrat benannt werden. Diese Platzhalter stehen für Vorgänge, die bisher nicht abgeschlossen werden konnten; beispielweise fehle beim geplanten Neubau der Grundschule 36 noch die Baugenehmigung, argumentierte der Beigeordnete.

Des Weiteren fragte Herr Hose nach dem aktuellen Bearbeitungsstand der Schulsporthalle Stotternheim, da dieser im Ausschuss lang und ausführlich besprochen wurde dennoch nur mit „N. N.“ vermerkt sei. Dies könne zu Verwirrungen in den Ortsteilräten führen, weshalb der Plan alle bekannten Details enthalten sollte.

Dem stimmte Herr Mroß, Fraktion SPD & PIRATEN zu, welcher zudem anmerkte, dass die betroffenen Schulen auf dem aktuellen Stand gehalten werden.

Die Schulsporthalle in Stotternheim befinde sich im Baubeginn und werde voraussichtlich bis Mitte 2028 fertiggestellt, so Herr Bärwolff.

Weitere Nachfragen zu Punkt drei („Schule im Sozialraum - Fokus Gemeinschaftsschule“) des Entwurfes kamen von Frau Oschmann, sachkundige Bürgerin der Fraktion CDU. Sie bat um Nennung der Quellen in Form von Evaluierungen oder Kompetenztests, welche diese Bemerkung untermauern. Auch möchte sie wissen welche Schulform die meisten Rückstellungen aufweisen. Sollten dies Schüler von Gemeinschaftsschulen mehrheitlich betreffen, gab sie als Anmerkung an, die Daten genauer zu betrachten.

Aufgreifend zum TOP 5.2 dem Thema Zügigkeiten an der Schillerschule, erläuterte der Leiter des SSA, dass eine dritte 7. Klasse notwendig sei, da vielen Schülern empfohlen wurde das Gymnasium zu verlassen. Zur zweiten Frage könne er keine wissenschaftliche Antwort geben.

Herr Dr. Ungewiss betonte, dass die Verwaltung nach Beschluss des Stadtrates aus dem Jahr 2017 (Drucksache 1516/17 - Grundsätze für die Schulnetzplanung der Landeshauptstadt Erfurt ab dem Schuljahr 2019/20) handelt. Die Drucksache 1145/26 diene als Information; Fragen und Anmerkungen werden im Anschluss gesammelt und umgesetzt. Es handle sich um einen umfangreichen Prozess. Die monierten Platzhalter werden nach und nach durch ein Datum ergänzt.

Herr Mroß, Fraktion SPD & PIRATEN betonte, dass nun die Kommunikation wichtig sei, ehe die falschen Schlussfolgerungen gezogen und unnötige Diskussionen gestartet werden.

Herr Hose bat um Erläuterungen zu Punkt 3.3. auf Seite 13, ob die genannten Schulen, ausgenommen die Friedrich-Schiller-Schule, ein Begehren für die Prüfung einer Zusammenlegung geäußert hätten. Wieso werde der Prüfauftrag nicht vorher mit den Schulleitungen abgesprochen.

Diese Prüfaufträge werden vorsorglich vom SSA geführt, sollte der Auftrag keinen Zuspruch finden, werde es nicht weiterverfolgt, erwiderte Herr Dr. Ungewiss.

Herr Hose betonte, dass im Protokoll unmissverständlich festgehalten werden soll, dass die Prüfaufträge zur Zusammenlegung von Schulen vom SSA in Auftrag gegeben werden können, ohne dass von den betroffenen Schulen selbst ein entsprechender Wunsch geäußert wurde.

Dieses Verfahren wurde durch Herrn Städter, Fraktion SPD & PIRATEN befürwortet.

Herr Maicher, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, wollte wissen, wieso Unkenntnis über die Errichtung eines Gewächshauses herrsche? Bei diesem vergleichsweise geringeren Aufwand, sollte die Terminierung möglich sein. Zudem fragte er, ob eine Informationsveranstaltung mit bildungspolitischen Sprechern und den Schulleitungen geplant sei.

Das Gewächshaus solle auf einem Grundstück errichtet werden, welches nicht der Landeshauptstadt Erfurt gehört, erwiderte Herr Bärwolff. Eine Informationsveranstaltung werde stattfinden.

Abschließend bemängelte Herr Maicher, dass es in seinen Augen sinnvoller gewesen wäre, das Schulsanierungsprogramm als Plan zu beenden und dann den Schulnetzplan zu beginnen.

Man befinde sich in diesem Prozess am der Stelle zur Erstellung der funktionalen Leistungsbeschreibung; eine Übernahme von Geldern aus dem Start-Chancen-Programm werde aktuell geprüft, so Herr Bärwolff.

1403/26

gez. 
Schriftführerin